



TARIFABSCHLUSS IN HESSEN

Tarifbeschäftigte in Hessen nicht abgekoppelt

GdP fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger

Das Ziel war klar formuliert: Mindestens ein Tarifabschluss auf Grundlage der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die bereits im März dieses Jahres ein akzeptables Ergebnis erzielen konnte, sollten die hessischen Tarifverhandlungen beinhalten. Damit wäre gesichert, dass ein Inflationsausgleich erreicht und Reallohnverluste verhindert würden. Die Argumente der Gewerkschaften waren stichhaltig. Im Vergleich zu anderen Tarifbereichen hinkt der öffentliche Dienst in Teilbereichen deutlich hinterher. Und eines wird von niemandem in der hessischen Polizei bestritten: Durch neue Aufgabenfelder, Arbeitsverdichtung, Bürokratie und Personalrotation hat die Einsatzbelastung in manchen Dienststellen ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Hin-



PRESSEKONFERENZ. Die Verhandlungsführer von Arbeitgeber und Gewerkschaften verkünden den Tarifabschluss; v. l.: Michael Schmitt (IG B.A.U.), Ilse Schaad (GEW), Innenminister Boris Rhein, Achim Meerkamp (ver.di), Willi Russ (tarifunion) und GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.

1. Entgeltsteigerungen

2011: 360 Euro Einmalzahlung und ab 1. April 2011 1,5 Prozent Anhebung der Tabellenwerte.

2012: Ab 1. März 2012 2,6 Prozent Anhebung auf die dann gültigen Tabellen.

2. Laufzeit

24 Monate Laufzeit (1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2012).

ressortübergreifend).

4. Verlängerung der Fristen bei den Bewährungsaufstiegen

Die Fristen für die Bewährungsaufstiege gemäß §§ 8 und 9 TV-Überleitung Hessen (TVÜ-H) werden bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.

5. Entgeltordnung

Die Tarifvertragsparteien streben mit Wirkung zum 1. Januar 2014 an, eine neue Entgeltordnung in Kraft zu setzen.

Mit einer Einkommensverbesserung in diesem Jahr und einer weiteren deutlichen Steigerung im kommenden Jahr ist



BERATUNGEN. V. l. Alberdina Körner (GdP-Bundesvorstand) und Jörg Bruchmüller tragen das erste Angebot der Arbeitgeber vor. Jürgen Aschenbrenner (hinten Bildmitte) und GdP-Geschäftsführer Bernd Kuske-Schmittinger verfolgen aufmerksam die Erläuterungen.

zu kommt im **Beamtenbereich die viel beklagte 42-Stunden-Woche. Ordentliche Lohn- und Gehaltszuwächse wären daher ein dringendes Zeichen** von Anerkennung und Wertschätzung für alle Polizeibeschäftigten.

Mit einer entsprechenden Erwartungshaltung und der oben angegebenen Zielbeschreibung haben wir die letzte Tarifverhandlungsrunde aufgenommen.

Das Ergebnis liegt auf dem Tisch:

3. Übernahme Auszubildende

Ab 1. April 2011: 120 € Einmalzahlung und 1,5 Prozent.

Ab 1. März 2012: 2,6 Prozent

Zwölfmonatige Übernahme von Absolventen mit der Abschlussnote Gut und besser bis zum 31. Dezember 2012 (ggf.



ERSTES BEWERTEN. Monika Duric und Annerose Meierewert (Südhessen) und Doris Hämmerle (HLKA).

dieses Ziel aus gewerkschaftlicher Sicht erreicht worden.

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFABSCHLUSS IN HESSEN



V. l.: Petra Moosbauer (Frankfurt), Rita Mänz und Simone Sauerländer (beide Nordhessen).



V. l.: Bernd Petri (PTLV), GdP-Tarifexperte Heinz Schiskowsky und Marika Hertling (HPA).

Eine lineare Erhöhung in zwei Schritten und die Einmalzahlung sind unter den gegenwärtigen schwierigen finanzpolitischen Verhältnissen und nicht zuletzt vor dem Hintergrund des hessischen Votums zur Schuldenbremse mehr als ein tragfähiger Kompromiss. Sicherlich ist dieser Tarifabschluss kein Grund zur Euphorie, er lässt aber die Option für eine mögliche Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) offen.

Besonders erfreulich ist, dass für unsere Auszubildenden eine verbesserte Weiterbeschäftigungsmöglichkeit nach der Ausbildung von zwölf Monaten getroffen werden konnte. Hier haben wir den Arbeitgeber, das Land Hessen, in die Pflicht genommen. Dem Appell der Regierungs-

werden. Mit unserer Tarifkommission konnten wir während und unmittelbar nach der Einigung (Zwischen-)Ergebnisse darlegen, erörtern und insofern zeitnah umfangreich informieren. Dank an dieser Stelle auch an Dini Körner, die der „Tarifinsel“ Hessen mit Rat und Tat zur Seite stand. **Einstimmig hat die GdP-Tarifkommission der Einigung entsprochen.**

Um Missverständnissen vorzubeugen ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass unsere grundsätzliche Forderung zum

Die GdP fordert die Landesregierung auf, diese Vereinbarungen auf alle Beschäftigten zu übertragen. Neben der Einkommensverbesserung, die zeit- und inhaltsgleich übertragen werden soll, erwarten unsere Beamtinnen und Beamten ein deutliches Zeichen in Fragen der Wochenarbeitszeit. Seit knapp zehn Jahren haben unsere Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeitszeiterhöhung ihren Beitrag zu Haushaltssanierungen geleistet. Alle anderen Bundesländer haben mittlerweile die Wochenarbeitszeit reduziert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele in weite Ferne gerückt.

Äußerst flexible Arbeitszeiten ohne große Vorplanung bereiten besonders im Wechselschichtdienst die allergrößten Probleme, diesem Anspruch gerecht zu werden. Durch Personalmangel und zusätzlicher Dienste werden Regenerationszeiten zwischen den Diensten immer kürzer. Die hohe und steigende Zahl von eingeschränkt Dienstfähigen ist der Beleg für diesen Missstand. Was für den Schicht- und Wechselschichtdienst im Tarifbereich vor zwei Jahren vereinbart wurde, sollte auch im Beamtenbereich längst gelten. Deswegen hat sich die GdP an dieser Stelle bei den Verhandlungen mit großer Hartnäckigkeit eingebracht.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Abgeordneten im notwendigen Gesetzgebungsverfahren für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger ihrer Verantwortung besinnen. Gleiches Recht für alle!

Jörg Bruchmüller



GESPRÄCHE am Rande der Tarifverhandlungen zwischen Innenminister Rhein (rechts) und Jörg Bruchmüller.

verantwortlichen gegenüber der freien Wirtschaft, mehr Auszubildende zu übernehmen, sollte man auch selbst Rechnung tragen.

Im Vorfeld der entscheidenden Tarifnacht am 4. April hatte eine kleine Arbeitsgruppe von Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern unter Beteiligung von Heinz Schiskowsky und Marianne Diefenthaler Eckpunkte eines Tarifvertrages herausgearbeitet. Dank dieser guten Vorleistung konnte in den Morgenstunden des 5. April nach harten und fairen Verhandlungen eine Einigung erzielt



VERHANDLUNGSFÜHRER. Innenminister Rhein (links) und Achim Meerkamp (ver.di).

Wiedereintritt in die TdL als legitime Forderung nach wie vor bestehen bleibt. Richtig ist vielmehr, dass mit den Mitteln des Arbeitskampfes ein Wiedereintritt in die TdL nicht durchgesetzt werden kann. Auch Arbeitgeber haben das Recht auf „negative Koalitionsfreiheit“, somit die freie Entscheidung, sich Arbeitgeberverbänden anzuschließen oder auch nicht.

Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte



Der Kameramann des hr auf der Jagd nach interessanten Szenen.



GdP-BEIRAT TAGTE

Die meisten gehen weiterhin mit 60 Jahren in den Ruhestand

In seinem Jahresbericht verkündete der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller den Delegierten des GdP-Beirats den Verhandlungserfolg bei der Regelung zur Pensionsaltersgrenze.

Die GdP hat erreicht, dass im Dienstrechtsreformgesetz I festgeschrieben wurde, dass die Kollegen/-innen mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können, wenn sie 20 Jahre belastende Dienste absolviert haben. Das treffe auf etwa 85 Prozent der Polizeibeamten/-innen zu. Im Hinblick darauf, dass dies auch für OPE, BFE und andere Sondereinheiten gelte und dass es je nach Länge der Dienstzeit (10, 15, 20 Jahre) Abstufungen gebe. Diese Regelung sei einmalig in der Bundesrepublik.

Spannend bleibe jedoch das Dienstrechtsreformgesetz II, das bis November



Neben den Mitgliedern des Landesvorstandes gehören alle GdP-Kreisgruppenvorsitzenden dem Beirat an.

auch die Verbesserung der Einnahmeseite zu berücksichtigen sei, zum Beispiel durch eine höhere Einkommenssteuer. Den Abschluss der TdL bewertete er aus hessischer Sicht. Die Frage sei, was man unternehmen könne, wenn das Ergebnis nicht auf die Beamten/-innen übertragen werde.

Verbesserte Führungskultur

Jörg Bruchmüller ging im Zusammenhang mit Roland Kochs Wechsel in die Industrie, der Ernennung Volker Bouffiers zum Ministerpräsidenten und des Aufstiegs von Boris Rhein ins Amt des Innenministers auch auf die versprochene „neue Führungskultur“ ein. Es sei schwer gewesen, mit dem Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela im Sinne des von der Polizei selbst erstellten Leitbildes zusammenzuarbeiten.

Mit Boris Rhein hat sich das zum Teil verkrampfte Verhältnis zwischen GdP und Polizeiführung deutlich entspannt. Der neue Innenminister suche das Gespräch mit der GdP. Das sei man von seinem Vorgänger nicht gewohnt gewesen.

Positiv aufgenommen worden ist die Ernennung von Werner Koch zum neuen Staatssekretär, die Berufung von Udo Münch zum neuen LPP, ebenfalls die von Jürgen Diehl zum Inspekteur der Polizei und von Henning Möller zum „unabhängigen“ Polizeibeauftragten. Positiv wertete Bruchmüller auch

die Verhandlung vor dem VG Wiesbaden zum Einsatz von Polizisten/-innen in Afghanistan, die der Personalrat von Westhessen angestrengt hatte. Zum einen sei die aufnehmende Dienststelle „Bundespolizei“ nicht beteiligt worden, zum anderen habe Polizei in einem „Kriegsgebiet“ nichts zu suchen, verdeutlichten die Richter dem Innenministerium.

Als rundum gelungen bezeichnete Bruchmüller den dreitägigen Landesdelegiertentag in Weilburg mit rund 300 Teilnehmern/-innen (Delegierte und Gastdelegierte).

Positiv bewertet wurde auch der Bundeskongress, wo das Land Hessen seine Anträge gut eingebracht habe. Seit 60 Jahren ist erstmals ein Hesse in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden. Konrad Freiberg, der beim Kongress aus Altersgründen zurücktrat, habe als Bundesvorsitzender das Bild der Polizei wie kein anderer geprägt. Jetzt sei es an Bernhard Witthaut, diese Tradition fortzusetzen. Angesichts der Föderalismusreform müssen manche

Fortsetzung auf Seite 4



GdP-Landeskassierer Jürgen Aschenbrenner erläuterte den Jahresabschluss 2010 und stellte den Haushaltsentwurf für 2011 vor.

verabschiedet werden solle. Bruchmüller erwähnte dies in seinem Rechenschaftsbericht im Hinblick auf den angenommenen Volksentscheid zur „Schuldenbremse“ in Hessen.

Auch die Tarifverhandlungen in Hessen (TV-H) stünden unter dem Eindruck der „Schuldenbremse“. Die Regierung werde sich wohl damit herausreden, dass die Bürger die Schuldenbremse gewollt hätten. Jetzt müsse man unter Umständen damit rechnen, dass die Wertigkeit der Polizei und Veränderungen in der Struktur zu befürchten seien. Vergessen werde wohl, dass bei dieser Abstimmung



Guido Winnige, Kreisgruppe Werra-Meißner (hinten stehend), erläuterte die Angelegenheit aus Sicht seiner Kreisgruppe.



GdP-BEIRAT TAGTE



Die Teilnehmer aus Mittelhessen.



Abstimmung.

Fortsetzung von Seite 3

Aufgabenbereiche der Bundes-GdP neu überdacht werden. Darüber müssen sich auch die Länder Gedanken machen.

Positiv sei die Mitgliederentwicklung von Hessen bei verminderten Austritten und steigenden Eintrittszahlen, stellte Jörg Bruchmüller anhand von Statistiken fest. Mitgliedergewinnung aus dem Bestand müsse vor Ort geschehen. Papier sei geduldig, das persönliche Gespräch im Streifenwagen zeige die meiste Wirkung.

Lebensarbeitszeitkonten und IZEMA

Die Delegierten beklagten offene Fragestellungen wegen der Lebensarbeitszeitkonten. Es gebe noch keine verbindliche Regelung, wann und wie die Überstunden abzufeiern seien. Es bleibe alles



Sie hatten sechs Pakete entwickelt als Einstiegsgeschenke für neue Mitglieder, v. l., Peter Wittig und Antonio Pedron.

unter dem Vorbehalt des Dienstherrn, „wenn dienstlich möglich“. Deutlich wurde, dass es Sache der Dienststelle sei, jeder/jedem Beamtin/Beamten die Anzahl der Stunden mitzuteilen.

Auch das Langzeitthema IZEMA kam zur Sprache. Mit der Berechnung der Urlaubs- und Krankheitstage habe es Fehler gegeben, was nicht alleine auf mangelnde

Kommunikation zurückzuführen sei. Wichtig sei, bei auftretenden Problemen diese genau zu beschreiben, um feststellen zu können, ob es ein Fehler des Systems sei oder ein „Fehler vor Ort“.

Anträge des Landesdelegiertentages

Mitglieder des Landesvorstandes informierten die Delegierten über den Sachstand der Anträge des Landesdelegiertentages. Einige waren an den Bundeskongress weitergeleitet und auch angenommen worden, andere flossen in die Forderungen bei der Reform des Dienstrechts und den Tarifverhandlungen ein. Es bleibt abzuwarten, was davon umgesetzt wird. Gut angekommen ist der Familienbeitrag. Eine längere Diskussion gab es zu dem Antrag A 07 „Einheitliche Eintrittspräsente“. Dabei gehe es nicht um Studienanfänger, sondern um zu werbende Mitglieder aus dem Bestand, erklärten Peter Wittig und Antonio Pedron. Sie hatten sechs verschiedene „Pakete“ mit Präsenten im Wert von über 50 Euro vorgestellt. Es gibt ein Paket für die Schutzpolizei, eines für die Kriminalpolizei, eines für die Wachpolizei sowie ein „Vermischtes“ und Gutscheine für Tariftbeschäftigte und Verwaltungsbeamte. Bezahlt werden soll das Eintrittsgeschenk zu je einem Drittel von den

Kreisgruppen, den Bezirksgruppen und vom Landesbezirk.

Haushaltsplan

Zufrieden mit dem Jahresabschluss 2010 und dem Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2011 zeigten sich die Delegierten der Beiratssitzung. Trotz knapper werdender Mittel war es dem Landeskassierer Jürgen Aschenbrenner wieder gelungen, einen ausgeglichenen Etat vorzulegen. Die Mitglieder spendeten für die Zahlenwerke 2010 und 2011 wohlwollenden Beifall.

Norbert Weinbach

Anzeige

HESSEN

10 Jahre
Polizeipräsidium Osthessen

Highlights des Tages

- Kinderkommissar Leon
- Polizeifahrzeuge
- Polizeihunde
- SEK-Vorführung
- Einsatz-Situationen
- Selbstverteidigung
- Infostände
- Fahrradcodierung

Buntes Kinderprogramm

Essen und Trinken

21. Mai 2011
11.00 - 18.00 Uhr

Tag der offenen Tür
in Fulda, Severingstr. 1-7



AKTUELLE PERSONALIEN

Jürgen Diehl ist neuer Inspekteur der hessischen Polizei

Der bisherige nordhessische Polizeivizepräsident Jürgen Diehl wird neuer Inspekteur der Polizei Hessen. Die Stelle des Inspektors ist seit der Ernennung von Udo Münch zum Landespolizeipräsidenten vakant.

Er ist seit über 20 Jahren Mitglied in der GdP. Seine große Verwendungsbreite, insbesondere beim PP Frankfurt und zuletzt beim PP Nordhessen, hat deutlich gemacht, dass er zu den Führungskräften gehört, die durch soziale Kompetenz und Fachkompetenz bei den Beschäftigten ein hohes Maß an Wertschätzung erfahren.

Das Polizeihandwerk hat Diehl von der Pike auf gelernt und kann daher die verschiedenen Arbeitsbereiche und Aufgabengebiete in der hessischen Polizei sehr gut beurteilen, schreibt das Innenministerium in der Pressemeldung.

Seit 1975 ist Jürgen Diehl bei der hessischen Polizei und versah nach seiner Grundausbildung zunächst mehrere Jahre Streifendienst im Polizeipräsidium Frankfurt am Main.



Jürgen Diehl ist neuer Inspekteur der hessischen Polizei.

Nach dem Studium für den gehobenen Dienst in 1985 war er zunächst knapp vier

Jahre Dienstgruppenleiter in Frankfurt am Main, bevor er nach Marburg versetzt wurde. Nach Jahren als Dienst- und Ermittlungsgruppenleiter bei der PSt Marburg absolvierte er die Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst.

Von 1994 an war er zunächst bei der Bereitschaftspolizei in Lich, bevor er als Leiter des Direktionsstabes Einsatz zur Polizeidirektion Schwalm-Eder wechselte. 2001 wurde Diehl Leiter der PD Schwalm-Eder und anschließend Leiter der PD Marburg-Biedenkopf. In der Folge wurde Jürgen Diehl zwei Jahre als Leiter des Abteilungsstabes Einsatz und im Anschluss als Leiter der Abteilung Einsatz im Polizeipräsidium Frankfurt am Main eingesetzt.

Seit März letzten Jahres war Diehl Vizepräsident des Polizeipräsidiums Nordhessen tätig.

Mit der Berufung zum Inspekteur der hessischen Polizei übernimmt er als ranghöchster Vollzugsbeamter in Hessen eine herausragende Position, für die seine GdP ihm alles Gute wünscht. *gdp*

POLIZEI-MOTORSPORT-CLUB MARBURG

Hessische Polizeistiftung unterstützt

Die Verantwortlichen des Polizei-Motorsport-Clubs Marburg 1990 e.V. (PMC) denken auch an diejenigen, die nicht immer im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen daher engagiert sich der fast ausschließlich aus Polizistinnen und Polizisten bestehende Club öfters auch für den guten Zweck.

In den über zwanzig Jahren seines Bestehens hat der Club immer mal wieder Geld an soziale Einrichtungen gespendet oder auf die Gage für den Auftritt seiner Kradstaffel verzichtet. Zunächst profitierten ortsansässige Kindergärten davon, aber auch die Kinderkrebshilfe in Marburg und Lebenshilfe Gießen zog ihren Nutzen aus dem sozialen Gedanken der Clubmitglieder. Nicht zuletzt spendete der Club einen hohen Geldbetrag direkt an Hinterbliebene von im Dienst tödlich verletzten Kollegen.

Diesmal sollte der wohlthätige Gedanke seinen Niederschlag in den eigenen Reihen finden. Die Vorstandsmitglieder brauchten nicht lange zu überlegen, um einen entsprechenden Adressaten zu finden. Die Wahl fiel auf die Hessische Polizeistiftung.

Seit ihrem Bestehen unterstützt die Stiftung Polizeibeschäftigte, die in Ausübung des Dienstes schwer verletzt wurden. Ebenso werden Angehörige von Polizeibediensteten, die in Ausübung des Dienstes ums Leben ka-



Symbolische Scheckübergabe mit v. l.: Jürgen Diehl, Jürgen Ludwig, Hans-Heinrich Menche, Hans-Peter Kaletsch, Jens Mohrher, Lothar Luzius (Hauptpersonalrat), Hans-Jürgen Peter und Eberhard Dersch.

men, betreut. Während so manches spektakuläre Ereignis schnell vergessen ist, kümmert sich die Polizeistiftung um die

Fortsetzung auf Seite 6



POLIZEI-MOTORSPORT-CLUB MARBURG



Info-Kasten

Die Stiftung ist als mildtätig und gemeinnützig anerkannt. Weitere Informationen sind über:

Hessische Polizeistiftung beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

Telefon: 06 11/3 53-17 70

Telefax: 06 11/3 53-13 33

E-Mail: Polizeistiftung.lpp@Polizei.hessen.de

zu erhalten.

Die Bankverbindung für Fördermitglieder und die, die es gerne werden wollen, lautet: **Konto-Nr. 555 000 033, BLZ 510 500 15, Nassauische Sparkasse Wiesbaden.**

Fortsetzung von Seite 5

betroffenen Kolleginnen und Kollegen meist über Jahre hinweg.

Die hier in Rede stehende Geldspende stammt aus freiwilligen Zuwendungen einiger Mitglieder des Clubs sowie Spenden der Besucher des 20-jährigen Jubiläumsfestes. Dieses fand im letzten Jahr auf dem Gelände des 1. Deutschen Polizeioldtimer Museums statt, das übrigens vom PMC betrieben wird.

Da ein ungerader Betrag zusammengekommen war, hat der damalige Festwirt, die Lahntaler Imbissbetriebe, in Person von Herrn Henry Traber, die Spende auf 1000,- Euro aufgestockt und somit dazu beigetragen, dass dieser stolze Betrag

jetzt gespendet werden konnte. Den symbolischen Scheck in Höhe von 1000,- Euro übergab der Präsident des Clubs, Hans-Heinrich Menche, am Vormittag des 15. Februar 2011 in Marburg an den Vorsitzenden der Hessischen Polizeistiftung, Jens Mohrherr (Wiesbaden), der übrigens aus dem heimischen Landkreis stammt. Natürlich war auch der gesamte Vorstand des PMC zugegen und Lothar Luzius vom Hauptpersonalrat.

Jens Mohrherr als Vorsitzender freute sich über die Zuwendung. „Wir können für die Polizeistiftung jeden Euro gebrauchen und garantieren, dass das gespendete Geld genau auch dort landet, wo es

wirklich dringend gebraucht wird“, sagte er.

„Wenn wir mit unserer Spende das Leid der betroffenen Kollegen/-innen bzw. ihrer Angehörigen zumindest etwas lindern können, haben wir aus unserer Sicht bereits viel erreicht und das stimmt uns froh und zufrieden“, so Hans-Heinrich Menche, Präsident des Clubs.

Mehr zum Polizei-Motorsport-Club Marburg und dem 1. Deutschen Polizeioldtimer Museum in Marburg, das übrigens von April bis Oktober nur einmal im Monat geöffnet hat, unter: www.polizeioldtimer.de

Eberhard Dersch



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

FAMILIE UND BERUF

GdP-Positionspapier verabschiedet

Die Arbeit in der hessischen Polizei stellt hohe Ansprüche und ist mit enormen Belastungen verbunden. Durch Personalmangel, Mehrarbeit und Arbeitszeitverlängerungen werden die Anforderungen immer größer.

Gleichzeitig möchten immer mehr Kolleginnen und Kollegen nicht nur beruflich erfolgreich sein, sondern auch ein erfülltes Familienleben genießen. Das gilt für Männer, die sich verantwortlich nun immer häufiger im Familienleben engagieren, und für Frauen, die sich zunehmend häufiger für den Polizeiberuf entschieden haben.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit gewinnt

daher für den hessischen Beschäftigten in besonderer Weise an Bedeutung. Dabei ist es wichtig, das Thema weder auf die Perspektive der Kolleginnen zu begrenzen, noch auf die Betreuung von Kindern zu reduzieren:

Frauen und Männer brauchen Zeit und Gelegenheit, ihre Interessen und Bedürfnisse mit dem Beruf in Einklang zu bringen, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen, ehrenamtlich zu arbeiten und vieles mehr.

Damit ist auch klar: Die Forderung nach besseren Bedingungen ist KEIN frauenpolitisches Thema – hier geht es um die Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Anspruch, Familien- und Be-



FAMILIE UND BERUF

rufsleben in Einklang zu bringen. Viele Faktoren beeinflussen die Einschätzung der Beschäftigten, wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen. Dazu gehören gesellschaftliche Rahmenbedingungen, rechtliche Regelungen und tarifvertragliche Vereinbarungen genauso, wie finanzielle Hintergründe, dienstliche Gegebenheiten und persönliche Situationen.

Um die Diskussion zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der GdP und die Durchsetzung entsprechender Forderungen gegenüber der Politik und unserem Dienstherrn auf den unterschiedlichen Ebenen zu fördern, wurden wesentliche Faktoren für das vom Landesvorstand beschlossene Positionspapier, welches auf Grundlage der Position der GdP Bund auf hiesige Belange überarbeitet wurde, ausgewählt und aus den Perspektiven von Betroffenen betrachtet.

Zahlreiche Studien belegen: Die meisten Familien mit Kindern leiden unter Zeitnot. Hauptursache sind die überlangen Arbeitszeiten der Väter von häufig mehr als 40 Stunden, während die Mehrzahl der Mütter Teilzeit arbeitet. In diesem sogenannten modernisierten Ernährermodell arbeiten Väter wöchentlich im Durchschnitt 17 Stunden länger als Mütter. Von einer gerechten Arbeitszeitverteilung kann keine Rede sein, obwohl Mütter und Väter ein Interesse daran haben, ihre Arbeitszeiten anzunähern. Die Bereitstellung von befristeten alternierenden Telearbeitsplätzen und verschiedene Möglichkeiten zur befristeten Teilzeitarbeit können eine solche Annäherung unterstützen. Doch die Erfahrung zeigt auch, dass unseren Teilzeitbeschäftigten aus ihren besonderen Stellungen häufig Nachteile gegenüber den Vollzeitbeschäftigten erwachsen. Diese Nachteile müssen beseitigt werden: Aufstiegs- und Leitungsfunktionen dürfen vom Teilzeitanpruch nicht ausgenommen werden. Durch die Reduzierung der Arbeitszeit darf für den Beschäftigten keine Arbeitsverdichtung entstehen – nicht nur die Zeit, auch die Aufgaben müssen entsprechend angepasst werden. Einer übermäßigen Anhäufung von Überstunden nach einer Arbeitsreduzierung ist entschieden entgegenzuwirken. Teilzeitbeschäftigten sind die gleichen Entwicklungs- und Fortbildungsmöglichkeiten einzuräumen. Einer Benachteiligung bei dienstlichen Beurteilungen, Beförderungen, Eingruppierungen oder Ausstattung ist aktiv entgegenzuwirken. Hier stehen nicht nur Vorgesetzte, sondern auch Personalräte und die Frauenbeauftragte in einer besonderen Verantwortung. Auch eine Neuregelung der Urlaubszeiten ist

dringend notwendig. Der Jahresurlaub reicht bei Weitem nicht aus, um eine Versorgung der Kinder während der gesetzlichen Schulferien bzw. der Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen zu gewährleisten.

Eine zeitgemäße Personalentwicklung muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine ihrer Zielsetzungen definieren.

Nur zufriedene Beschäftigte, die kontinuierlich gefördert werden, schöpfen ihre Potenziale aus und erbringen bestmögliche Leistungen. Doch dieses Potenzial wird viel zu häufig nicht genutzt, da die Voraussetzungen für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlen.



Frauenkonferenz 2009 in Weilburg:
Der ehemalige StS Rhein erhält von Sandra Temmen ein Präsent.

In der hessischen Polizei geraten insbesondere Frauen, die zeitweise im Rahmen von Mutterschutz, Elternzeit oder familienpolitischer Beurlaubung aus ihrem Beruf aussteigen, häufig aus dem Blickfeld ihrer Vorgesetzten. Eine Rückkehr ins Berufsleben wird durch mangelnde Kenntnisse neuer Techniken, Regelungen und Arbeitsabläufe erschwert – der Arbeitsalltag wird zum Spagat zwischen Familie und Beruf.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wesentliche Grundvoraussetzung für Menschen, die Kinderbetreuung und Erziehung sowie Pflege von Angehörigen in ihren Lebensmittelpunkt stellen. Dies ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade im Bereich der hessischen Polizei ist der Dienstherr in einer besonderen Verpflichtung, dies entsprechend zu fördern.

Umso wichtiger ist es, dass sich Kolleginnen und Kollegen für die Familie entscheiden können, ohne um ihren berufli-

chen Aufstieg fürchten zu müssen, ohne finanziell ins Abseits zu geraten und ohne Angst, in die Altersarmut abzurutschen.

In Wirtschaftsunternehmen wird Familienfreundlichkeit inzwischen häufig als „Erfolgsfaktor“ bezeichnet und als Gewinn für die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen eines Unternehmens bewertet. Die hessische Polizei wird durch die Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen profitieren:

Wir, die GdP, sind der festen Überzeugung, dass eine gelebte Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur den Beschäftigten Vorteile bringt, sondern auch der Dienstherr erheblich davon profitieren wird.

Eltern, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind zufriedener und damit leistungsfähiger. Wer weniger Probleme hat, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist weniger Stress ausgesetzt, kann motivierter arbeiten und wird seltener fehlen. Dies kann zu einem verbesserten Betriebsklima beitragen und Nachwuchsgewinnungen erleichtern.

Wir erinnern an dieser Stelle gerne an die Erfahrungen, die mit der Kindertagesstätte der „EG Kiddy e.V.“ (I. BPA in Mainz-Kastel/www.egkiddyev.de) gemacht wurden. Die Bereitschaft für eine familienfreundliche Personalpolitik unter den beschriebenen Faktoren ist eine Investition in die Zukunft.

In allen Bereichen wird dies nach unserer Überzeugung zu einer höheren Motivation der Beschäftigten, verminderten Fehl- und Ausfallzeiten und einer größeren Berufszufriedenheit führen.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die sozialen Kompetenzen von Eltern, die im Rahmen ihrer Familienarbeit ausgeprägt werden und in unserem dienstlichen Alltag von Nutzen sind. Gerade im präventiven Bereich der Polizei ist dies ein unverzichtbarer Faktor, der immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Ein besonderes Augenmerk fällt hierbei auch auf die zukünftigen Einstellungszahlen in die hessische Polizei. Hierbei müssen die Ausfallzeiten durch Inanspruchnahme von Mutterschutz, Elternzeit, Teilzeit und familienpolitischer Beurlaubung zwingend berücksichtigt werden. Die GdP wird ihre Möglichkeiten verstärkt nutzen, um auf die politischen Verantwortlichen Einfluss zu nehmen, damit sie bessere Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen. Wir werden unsere Erfahrungen und Kompetenzen im Dialog mit den politischen Verantwortlichen einbringen. **Sandra Temmen**



Rudi Appel verstarb im Alter von 77 Jahren



† Rudi Appel

Rudi Appel trat am 1. Januar 1972 in den Dienst der hessischen Polizei ein. Zuvor war Rudi als gelernter KFZ-Schlosser bei der Fa. Massey-Ferguson in Eschwege tätig. Diese Berufserfahrung im technischen Bereich sollte ihm später als kriminaltechnischen Angestellten beim Kriminalkommissariat Eschwege und später dann bei der Polizeidirektion Eschwege von großem Nutzen sein. Nach 20-jähriger hoch engagierter Tätigkeit als Spurensucher und Spurenauswerter in diesem interessanten Berufsfeld trat Rudi Appel 1992 in den Ruhestand. Bereits bei Massey-Ferguson war Rudi gewerkschaftlich in vielen Funktionen bei der IG Metall engagiert und bereits seit 1955 Mitglied. Es war nur folgerichtig, dass er sich mit dem Wechsel zur Polizei für den Eintritt in die Gewerkschaft der Polizei entschied. Damit nicht genug. Rudi war nicht nur ein starker und

überzeugter Gewerkschafter, sondern bei den Beschäftigten beliebt und anerkannt. Nur so ist es zu erklären, dass er von den Beschäftigten für den Personalrat immer wieder gewählt wurde. Und das nicht nur in Eschwege oder Bezirk Kassel, sondern im gesamten Hessenland war er bekannt und anerkannt.

Als Mitglied des HPR der Hessischen Polizei hat er für die Interessen der Angestellten bei der Polizei gekämpft und sich natürlich auch für das Berufsbild des Kriminaltechnischen Angestellten nachhaltig eingesetzt. Sein starkes Pflichtbewusstsein, seine Zuverlässigkeit und sein Engagement haben wir auch im engeren Umfeld bei uns in der Kreisgruppe der GdP Werra-Meißner erleben dürfen.

Was uns bleibt, ist die Erinnerung an einen Menschen, der uns ein Stück auf dem eigenen Lebensweg und im Beruf begleitet hat und den wir alle sehr geschätzt haben.

gdp

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Andreas Henkel
Walter Siebenhüner
Brigitte Fritsch
Bernd Dietze
Bettina Schönberg
Günther Bernitt
Marc Blume
Jutta Klimt
Frank Scheler
Heiko Köhler
Jürgen Sauer
Kreisgruppe Main-Kinzig
Bernd Meffert
Carlo Minerba
Wolfgang Weidner
Kreisgruppe Bad Homburg
Harald Schlenk
Kreisgruppe PAST Petersberg

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Axel Hartung
Hagen Heuchert
Peter Schetter
Ernst Schultheis
Kreisgruppe Main-Kinzig
Walter Reinhard
Kreisgruppe PAST Petersberg

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Gregor Seuthe
Ewald Trageser
Kreisgruppe Main-Kinzig

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Johannes Fehl
Ingeborg Kaufmann
Kreisgruppe Main-Kinzig
Heinrich Bender
Kreisgruppe Bad Homburg

ES VERSTARBEN

Karl-Heinz Dieckmann
Kreisgruppe HLKA

Gerhard Heiliger
Norbert Geiger
Kreisgruppe Main-Kinzig

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

SEMINARANKÜNDIGUNG

Vorbereitung auf den Ruhestand

In diesem Jahr hat der GdP-Landesessenorenvorstand wieder ein Seminar organisiert zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“.

Es wird am 2./3. November 2011 in der Gaststätte „Zur Krone“ in Tann/Rhön, Am Stadttor 2, Tel. 06682-213, Homepage: www.krone-tann.de, stattfinden.

Nähere Informationen gibt es in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Polizei“.

Norbert Weinbach

KG OFFENBACH

Einladung zur Jahreshaupt- versammlung

Die Kreisgruppe Offenbach lädt am Freitag, dem 27. Mai 2011, um 9.30 Uhr, ins Bürgerhausrestaurant Obertshausen zur diesjährigen Jahreshauptversammlung ein.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand

